

Inserate werden angenommen bei den Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Söhle, Hoflieferant, G. Serberstr. u. Breitestr., Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redakt. Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen K. Mosse, Haasenstein & Vogler J. G., G. J. Danne & Co., Invalidenbank. Verantwortlich für den Inseratenthail: W. Braun in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

# Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Nr. 130

Mittwoch, 21. Februar.

1894

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, am Sonntag und Feiertagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M., für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagspaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an benutzter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

54. Sitzung vom 20. Februar, 1 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung des Kolonialstatuts wird beim Etat für Kamerun fortgesetzt.

Abg. Dr. Lieber (Ctr.) bringt die Durchpfechtung der Dahomeyweiber und den Sklavenhandel einer deutschen Firma zur Sprache. Was den ersteren Punkt anlangt, so hat sich Abg. Bebel gestern wiederum in einer abschließenden Aeußerung über das Christenthum ergangen. Die Beitsche, meint er, seien ein deutsches Kulturwerkzeug zur Verbreitung des Christenthums. Was hat die Beitsche mit dem Christenthum, was mit dem Christenthum zu thun? Wer in der germanischen deutschen Presse und öffentlichen Meinung hat sich mit der Handhabung dieses Werkzeuges softdarsch erklärt? Was würden Sie sagen, wenn wir gegenüber den anarchischen und kommunistischen Vorkommnissen in Paris von einem sozialdemokratischen Kulturwerkzeuge sprächen? Vom Standpunkt des Reichstanzlers, vielleicht auch von dem untrigen ist es nicht angängig, über die Sache ohne genaue Kenntniss der Verhältnisse zu sprechen. Wenn es aber monatlang dauert, ehe ein genauer Bericht kommt, und wenn der Kanzler selbst in einem Telegramm über den Kernpunkt der Sache glänzend hinweggeht, so kann man sich über die abschließende Kritik nicht wundern. Eine solche Kolonialpolitik kann bei christlichen Deutschen keine Sympathien erwecken. Es ist uns verübelt worden, daß wir vor einigen Tagen gegen den Antrag Ehn auf Verbot des Sklavenhandels gestimmt haben. Das geschah aus taktischen Gründen. Wir billigen das Sklavenhalten ebensowenig wie den Sklavenhandel. Weiß denn der „Vorwärts“ nicht, daß Sklavenhalten der Reichsangehörigen überhaupt durch das Strafgesetzbuch verboten ist? Nach dieser Richtung hin war also der Antrag Ehn überflüssig. Es kommt also nur darauf an, das Sklavenhalten der Eingeborenen in den Schutzgebieten zu befechtigen. — Das Christenthum verwirrt das Sklavenhalten. Aber es fragt sich, ob es im Interesse der betreffenden Völkerschaften selbst liegt, mit einem Etslage das Sklavenhalten zu verbieten, oder ob es nicht besser sei, nach und nach damit vorzugehen. Gegen die Verdächtigungen des „Vorwärts“ kann ich nur das Wort anwenden, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Auer auf dem Gewerkschaftskongresse ausgesprochen hat. Gegen Lug und Trug habe ich nur ein Gefühl, das der Verachtung. (Beifall im Centrum.)

Abg. Schall (Dt.) bittet die Reichsregierung, die Missionen zu schützen und zu stärken. Wir haben das Vertrauen zu der Regierung, daß sie nicht bloß die katholischen, sondern auch die evangelischen Missionen berücksichtigen wird. Das Christenthum hat schöne Erfolge zu verzeichnen, auch in Kamerun. Ich kenne einen Neger, der sehr gut die Lehren des Christenthums erfaßt hatte. Er erwartete auch solche Kenntnisse, daß er, in ein Garderegiment eingetellt, bald zum Unteroffizier avancierte. Die Sozialdemokraten geriren sich mit Unrecht als Vertreter der Unterdrückten, und das thun sie auch hier gegenüber den Schwarzen. Ich rathe ihnen, die Sonnabend niedergelegten Beitschen als Modell zu behalten. Sie werden die Krute für Ihren Staat nöthig haben.

Direktor im Kolonialamt Kaiser: Die deutsche Regierung erkennt die moralische Verpflichtung an, das Sklavenhalten zu verbieten, aber man kann die Sklavenfrage in Afrika nicht an einem Tage lösen. Wir geben jedoch allmählich vorwärts, wir verbieten den Eigentümern der Sklaven ein Züchtigungs- oder gar ein Tödtungsrecht. Wir betrachten die Sklaven nicht als Rechtsobjekte, sondern als Rechtssubjekte und erwecken in den Eingeborenen nach und nach das Gefühl dafür, daß die Sklaven nicht Sachen, sondern Personen sind. Wir machen nach dieser Richtung eisenuliche Fortschritte. Was die Missionen betrifft, so wird kein Unterschied zwischen katholischen und protestantischen gemacht; das Kolonialamt ist angewiesen, beide Missionen zu fördern und zu schützen. Den Sklavenhandel der Firma Wölber und Brohm hat der Abg. Bebel benutzt, um diese Handlungsweise als eine Blüthe deutscher Kolonialwirtschaft zu bezeichnen; er hat vergessen, daß Dahomey noch nie deutsches Schutzgebiet gewesen ist und König Behanzin noch nie unter Protektorat Deutschlands gestanden hat. Die Vorgänge hätten sich ebensogut ereignen können, wenn Deutschland keinen kolonialen Besitz hätte. Redner beschäftigt sich sodann mit dem Fall Wölber und Brohm eingehend, indem er unter Wiederholung seiner in der Budgetkommission gehaltenen Aeußerungen das Verhalten des Handelshauses mißbilligt. Insbesondere wendet er sich gegen das Rechtfertigungs schreiben des Agenten Richter, und betont, daß dessen Verhalten allerdings so gewesen sei, daß er mit Recht von einem französischen Kriegsgericht hätte zum Tode verurtheilt werden können. Wenn Richter leugne, daß die Sklaven in Ketten bei ihm angelangt seien, so siehe dem der ausdrückliche Bericht des Schiffskommandanten entgegen, der das Gegentheil bezeugt. Es sei auch nicht wahr, daß die kaiserliche Regierung Sklaven habe anwerben lassen, Gravenreuth habe keine Sklaven angeworben. Entschuldigt könne das Verhalten der Firma Wölber und Brohm nur dadurch werden, daß durch einen Aufenthalt in einem Lande wie Dahomey, wo Leben und Eigentum jeden Augenblick der Willkür eines blutdürstigen Königs ausgesetzt sei, bei den Europäern eine gewisse Begriffsverwirrung eintrete; denn die Firma siehe nicht allein da, sie theile ihre Handlungsweise mit einer ganzen Reihe von anderen Firmen, insbesondere mit französischen. Und doch sei nicht bekannt, daß die französische Regierung gegen die französischen Firmen Maßnahmen ergriffen hätte, während die deutsche Regierung gegen das Verhalten der Hamburger Firma entschlossen protestire.

Abg. Graf Arnim-Neukau (Rp.): Der Reichskanzler hat kein Wort der Zurückhaltung gegen den Kanzler selbst gehabt. Der Reichskanzler sprach von Bedürfnislosigkeit des Soldaten und zog dabei einen Vergleich zwischen Dahomey negern und unseren deutschen Truppen. Ob dieser Vergleich ein besonders glücklicher war, möchte ich dahingestellt sein lassen. So unwichtig war doch die Meuterei in Kamerun nicht, daß man sie, wie der Reichskanzler es ansehen möchte, unter den gewöhnlichen wirtschaftlichen

Etat rechnen kann. (Heiterkeit.) Wir werfen ja den oberen Kolonialbeamten nicht Pflichtverletzung vor, wir wollen nur darthun, daß viele derselben nicht an der rechten Stelle stehen. Pflichterfüllung verlangt man vom unteren Beamten, Erfolge vom oberen Beamten.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Die Abgeordneten haben unzweifelhaft das Recht, Mißstände hier vorzubringen. Wir aber können nicht eher darauf eingehen, bevor nicht das Resultat der Untersuchung der Regierung bekannt ist. Der Kanzler selbst hat nicht an eine Meuterei geglaubt und nicht vorher daran gedacht. Das Prinzip, daß man die oberen Beamten nach dem Erfolge beurtheilen solle, ist doch ein sehr gewagtes, und die Regierung kann sich damit nicht einverstanden erklären.

Abg. Beth (Freif. Vpt.): Daß eine Mißregierung in Kamerun herrscht, ist nicht bloß meine Ansicht, sondern selbst kolonialfreundliche Zeitungen sprechen sich in demselben Sinne aus. Der ostafrikanische Honneurleutnant hat einen Vorgänger in einem gleichen Elend in Kamerun, wo der Gouverneur von Allen verlangte, zuerst gegrüßt zu werden. Redner bringt nochmals den Fall Volkammer zur Sprache. Aus einem Briefe des Lieutenant Volkammer geht hervor, daß er auf Erfolg gerechnet habe, ohne daß seine Hoffnung in Erfüllung gegangen ist. Entgegen den Ausführungen des Regierungsvertreters geht aus anderen Berichten hervor, daß Volkammer nicht genug Munitio gehabt habe. Nach dem Berichte des Hauptmanns Ramsay hat Volkammer wenig Lebensmittel gehabt.

Abg. Bebel (S.-D.): Seit Jahren wird hier davon gesprochen, daß Deutschland christliche Kultur nach Afrika tragen solle, und da haben wir uns veranlaßt gesehen, die Mittel zu zeigen, mit denen das geschieht. Heute sagen Sie: Die ökonomischen Verhältnisse in Afrika verbieten es, sofort die Sklaverei abzuschaffen. Das beweist ja die Michtigkeit meines Ausspruchs! Nicht die Religion schafft Kultur, sondern Kultur schafft Religion. (Sehr richtig! Links.) Alle Ihre Kulturbestrebungen in Afrika werden laetern, weil sie mit den dortigen ökonomischen Verhältnissen in Widerspruch stehen. Das Christenthum mag grundsätzlich die Sklaverei verwerfen, aber es hat durchaus nicht von Anfang an die Sklaverei abschaffen wollen. Es hat es vortreflich verstanden, sich dem jeweiligen Kulturzustande anzupassen. Noch im zehnten Jahrhundert sind in Rom unter den Augen des Papstes Sklavenmärkte abgehalten worden. Döllinger, ein ausgezeichnete katholischer Kirchenlehrer, sagt, daß für Afrika nicht das Christenthum, sondern der Mohammedanismus am besten passe. Die christliche Religion, auch Luther, hat die Sörgigkeit und Selbsteigenschaft befürwortet und sich jeder Erhebung der Bauern widersetzt. Die protestantische und latholische Geisteslichkeit war es gerade, die die Sklaverei in Nordamerika verheiligte. Mit der Lohnsklaverei findet sich das Christenthum ab, vielleicht findet es sich auch einmal mit dem Sozialismus ab. Wir sind immer die Vertreter der Fortschritte, der Zukunft. Ein Namensvetter des Herrn Schall hat ja die Bezeichnung unserer Partei anerkannt. Weß Herr Schall nicht, daß Luther die Doppeltebe dem Landgrafen von Hessen erlaubt hat? Die Mißpödeitlichen werden in unserem Zukunftsaate nicht als Krute gebraucht, sondern als Abschreckungsmittel aufgehängt werden zum Zeichen dafür, wie Sie Kultur getrieben haben. Konstatiren will ich, daß Pastor Schall in seiner ganzen Rede kein Wort der Zurückhaltung gehabt hat gegen die scheußlichen Mißhandlungen der Dahomeyweiber. (Beifall.)

Abg. Schall: Unsere christliche Liebe steht thurmhoch über der Gefinnung der Sozialdemokraten. Wir brauchen es nicht erst auszusprechen, daß wir alle solche Scheußlichkeiten verurtheilen. Die schlechten Deutschen lassen sich dergleichen zu schulden kommen, nicht aber die Christen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unseren Luther hat Bebel nicht verstanden. Sein ganzes Leben war ja der Befreiung der Menschen gewidmet. Das Christenthum hat sich auf einer untergegangenen Kultur aufgebaut, die Behauptung Bebel's ist also nicht richtig, daß Kultur erst Religion schafft. Wenn sich die Geistliche für die Sklaverei in Amerika ausgesprochen haben, so geschah das nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mein Namensvetter Pastor Schall ist von seinen sozialdemokratischen Schwärmereien geheilt worden und nach dem Verlassen des christlich-sozialen Kongresses sagte er mit Bezug auf seine frühere Gefinnung: „Ich bin in einer Pföhle gewesen.“

Abg. Dr. Lieber (Ctr.): Mit dem Abg. Bebel um die Palme der Dialektik zu ringen, dazu fehlt mir jede Lust. Es ist nicht wahr, daß die Kultur erst das Christenthum geschaffen hat, es trat in die Welt in Widerspruch mit allen geltenden Anschauungen und mußte sich erst seine Stellung erkämpfen. Der Abg. Bebel nimmt nur menschliche Schattenketten aus der Geschichte des Christenthums heraus. Die hohen Ideale des Christenthums vertheilen die Sozialdemokraten nicht. (Bravo und Händellauten im Centrum.)

Abg. Bebel (Soz.): Das Christenthum war bereits durch die Stotter, durch Plato und Aristoteles vorbereitet. (Hebhafter Widerspruch und Lachen rechts und im Centrum.) Als Anhänger der göttlichen Offenbarung dürfen Sie das allerdings nicht zugeben. Das Christenthum ist ein Feind der Sklaverei, aber die Kirche hat sich mit ihr abzufinden gewußt.

Der Etat für Kamerun wird darauf bewilligt, ebenso der Etat für Togo.

Es folgt der Etat für Südwestafrika.

Abg. Dr. Sammacker (nl.): Man hat immer von dem wertlosen „Sandlo“ Südwestafrika gesprochen. Wenn man aber die Denkschrift der Regierung liest, bekommt man ein anderes Bild. Deutschland besitzt in Südwestafrika weite Strecken, die zur landwirtschaftlichen Bewandung sich vorzüglich eignen, und die bei ihrem ausgezeichneten Klima die Ansfelung von Deutschen ermöglichen. Redner bringt dann das Vorgehen des Majors v. François gegen Henrich Witbol zur Sprache. v. François schene sich über seine militärischen Erfolge in einer großen Täuschung zu befinden, und er sei nicht der richtige Mann an jener Stelle. Wenn v. François richtige Maßregeln ergriffen hätte, wären die Räubereten Henrich Witbol's vermieden worden. Man müsse entschlossen rechtzeitig eine Aenderung eintreten lassen. Herr v. François müsse abgerufen werden.

Abg. Bebel erklärt, kein Vertrauen in Südwestafrika zu setzen; Erfolge stehen dort nicht in Aussicht. Schon der Wassermangel hindere ein rasches Fortschreiten. Redner tadelt die Vergabe von Zuschüssen an den Plantagenbesitzer Hermann, der davon nicht einmal einen besonderen Vortheil gehabt habe, und fragt an, ob es wahr sei, daß bei der vorjährigen Einnahme von Hornkrans viele Frauen und Kinder getödtet worden seien.

Abg. Graf v. Arnim-Neukau tritt dem Vorredner bezüglich der Anfsichten von Südwestafrika entgegen. Man könne auf Erfolge hoffen. Man hätte vor einigen Jahren mit Witbol Frieden schließen sollen, und das wäre möglich gewesen, wenn man ihm einige Konzessionen gemacht hätte.

Direktor im Kolonialamt Kaiser erklärt, daß nicht erwiesen sei, ob ein anderer bessere Erfolge erzielt hätte als v. François. Es sei nicht richtig, daß in Südwestafrika anarchische Zustände herrschen, wie das vielfach behauptet werde. Die übrigen Fragen erklärt Redner bereits in der Kommission beantwortet zu haben.

Abg. Dr. v. Cuny (nl.) glaubt, daß Südwestafrika für Pflanzung eine bedeutende Zukunft habe. Es seien auch bereits viele Aufwendungen von Privatleuten mit gutem Erfolge gemacht worden. Hoffentlich werde es einst möglich sein, eine deutsche Einwanderung dorthin zu leiten.

Der Etat für Südwestafrika wird bewilligt. Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Zweite Beratung des Antrages Schröder über die Ründigungsfristen im Handelsgewerbe. Antrag Gröber über Beschränkung des Hausirhandels.) Schluß nach 5 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 20. Februar, 11 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend Aufsuchung und Gewinnung der Kalis- und Magnetsalze.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Im vorigen Jahre hat der Abg. Schulz-Dupis uns aufgefordert, zu erklären, ob wir die Verpflichtung anerkennen, daß landwirtschaftliche Kallsalze zu möglichst billigem Preise abgegeben werden, und ob die Sicherung dieser Salze für die Landwirtschaft am besten durch Aufhebung der Bergbaufreiheit geschehen könne. Was den ersten Punkt anberührt, so hat im Mat das Synbath beschlossen, für den landwirtschaftlichen Konsum Staffeltarife einzuführen, und zwar berart, daß für Entfernungen von 400 Kilometer an für je 20 Kilometer eine Preisermäßigung von 1 Pf. für Kallsalze und von 2 Pf. für Fabrikate eintrete. Dazu kam eine Ermäßigung der Frachtdöhren, die der Eisenbahnminister zugestand, und die sich bei einer Entfernung von 400 Kilometer auf 29 Proz., bei 600 Kilometer auf 31 Proz. steigerte. Außerdem haben die Kallwerke weitere Preisermäßigungen für Massenbezüge zugestanden, die bis auf 50 Pf. pro Doppelcentner herabgingen. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft und andere landwirtschaftliche Vereine haben auch bereits Verträge mit den Kallwerken abgeschlossen oder sind mit ihnen in Verhandlungen eingetreten. Auch eine Prüfung der zweiten vom Abg. Schulz-Dupis angeregten Frage hat stattgefunden, und das hat zu der Antwort geführt, daß die Sicherung der Kallsalzlagerstätten vor Wasserzuflüssen und die Sicherung einer wirtschaftlichen Ausnutzung der Kallsalze, welche den Zweck hat, der Industrie und Landwirtschaft die Materialien roh billig zu liefern, nur im Wege der Gesetzgebung vorhanden ist, und so ist es zu dieser Vorlage gekommen. Die Veranlassung zur Vorlage dieses Gesetzes hat nicht in fiskalischen, sondern in volkswirtschaftlichen Rücksichten ihren Grund. Von fiskalischen Interessen kann wenigstens für eine lange Reihe von Jahren keine Rede sein. Denn ein sehr erheblicher Theil der Kallsalze gehört Privaten, und diese werden im Stande sein, neben dem Fiskus ihre Produktion festzuhalten und zu vermehren. Es handelt sich um Wahrung eines der Nation gehörigen Naturschatzes, der der vaterländischen Produktivität zu gute kommen soll. Deutschland ist durch alleinigen Besitz dieser Schätze in einem großen Vortheil vor andern Ländern. Das System der ungehinderten Initiative der Privatunternehmer nach dem Berg-Gesetze von 1866 hat den Nationalwohlstand außerordentlich gefördert, und eine Aufhebung kann nur stattfinden, wenn nicht finanzielle, sondern wirtschaftspolitische Interessen in Frage kommen. Das ist aber in Betreff der Kallsalze der Fall. Das Bestreben, die Preise zu verbilligen, wird durch die Vorlage nicht gehemmt, sondern es wird bestehen bleiben. Dafür wird die Konkurrenz der bestehenden Privatwerke sorgen; der Fiskus wird eine Preissteigerung nicht eintreten lassen können. Der Staat liefert jetzt schon 40 Proz. der Salze und hat Läger von 82 Milliarden Centner im Besitze. Die preussische Staatsverwaltung wird andererseits in der Lage sein, zu verhindern, daß die Privatwerke die Preise ungebührlich steigern. Selbstverständlich soll dabei das Erzielen eines geeigneten Gewinnes nicht gehindert werden. Dazu kommt die Rücksicht auf die Arbeiter, denen ein dauernder und lohnender Verdienst erhalten werden soll. Das Bedenken gegen das Gesetz erhoben werden können, gebe ich zu; wir werden bestrebt sein, in der Kommission und im Plenum zu einer Verständigung zu gelangen. Nehmen Sie den Entwurf an, das ist ein verdienstliches Werk. (Beifall rechts.)

Abg. Gothein (Freif. Verein.): Es fragt sich doch, ob ein wirksamer Schutz der Kallsalzläger nicht auf anderem Wege als auf dem Wege dieses Gesetzes erreicht werden kann. Nach dem heutigen Stande der geologischen Forschung ist es noch gar nicht sicher, ob Deutschland allein Kallsalzläger besitzt. Taurische Erzfahrungen in einzelnen Bergwerken Sachsens beweisen zwar, daß die Läger geschüzt werden müssen. Aber werden diese Uebelstände dadurch beseitigt, daß der Staat die Kallsalzläger übernimmt? Haben wir nicht auch im Herzoglich-Anhaltischen Schächteinsturze gehabt, wo doch die Bergwerke staatlich sind? Gibt ein staatlicher Bergwerksdirektor größere Garantie für den Schutz der Läger als der private Direktor? Der staatliche Direktor wird

unter Umständen besteht, wenn er sich etwas zu Schulden kommen läßt, während der private seine ganze Reputation verliert. Die Motive haben hervor, daß die Privaten zu viel Bohrlöcher anlegen und auf diese Weise die Läger gefährden können. Das zu verhindern hat die Bergpolizei schon jetzt Recht und Macht. Ich erkenne an, daß volkswirtschaftliche Gründe für die Vorlage maßgebend gewesen sind und daß der Staat für den billigen Bezug der Kalisalze durch Tarifermäßigungen u. a. viel gethan und auf das Syndikat mäßigend gewirkt hat. Aber in dem Moment, wo seine neuen Läger mehr von Privaten eröffnet werden können, tritt das fiskalische Interesse in den Vordergrund. Das ist ja auch eingetreten, als das Eisenbahnmonopol inaugurirt wurde. (Widerspruch rechts.) Das hat zur Folge gehabt, daß wir im Tarifwesen bedeutend zurückgeblieben sind, wie es bei privatem Betrieb niemals geschehen wäre. Es ist ja erichtlich, daß der Staat das unglückselige Direktionsystem jetzt verlassen will. Der Staat hat es beim Zustandekommen des Gesetzes in der Hand, den Betrieb in den Kalilagern einzuschränken, wie er will, ohne Rücksicht darauf, ob dem Bedürfnis genügt wird. Der Staat ist auch nicht im Stande, ein Salz von einem gleichen Kaligehalt zu produzieren. Wenn die Motive auf Mecklenburg für die Einschränkung der Bergbaufreiheit exemplifizieren, so sollte Mecklenburg mit seinen Verfassungszuständen doch nicht unser Vorbild sein. In Hannover rechnet man in den Werth des Grund und Bodens auch den Werth etwaiger darunter befindlicher Kalilagerstätten ein und beim Verkauf spielt das eine große Rolle. Tatsächlich haben auch viele Besitzer schon das Förderungsrecht verkauft. Wenn man ihnen nun dies Eigentumsrecht nimmt, so ist das schlimmer als die sozialdemokratischen Bestrebungen. Auch die Landwirtschaft hat kein Interesse an dem Staatsmonopol, sondern ihr verbilligt die freie Konkurrenz viel mehr die Preise. Begraben wir ihn nicht erst in eine Kommission, sondern lehnen wir ihn sofort in zweiter Berathung ab. (Beifall links.)

**Abg. Frhr. von Snyatten (Str.):** Unsere Landwirtschaft, namentlich der Getreide-, Tabak-, Rübenbau bedarf in ausgedehntem Maße des Kalidüngers. Sie ist wegen des Bezuges von Kalidüngern auf Deutschland, das allein über diese Schätze verfügt, angewiesen, und es liegt bei der privaten Produktion die Gefahr des Raubbaus und übermäßigen Exports vor, wodurch die deutsche Landwirtschaft geschädigt werden würde. Ich bin ein Gegner der Monopole, aber es können doch Umstände eintreten, die das Monopol notwendig machen, und die Kommission wird zu prüfen haben, ob hier die Nothwendigkeit vorliegt. Uebrigens handelt es sich hier nicht um ein reines Monopol, da die bestehenden Privatgesellschaften ihr Recht behalten. Wenn es irgend zu ermöglichen ist, wird Hannover aus diesem Gesetze auscheiden müssen. In Betracht kommen auch finanzielle Rücksichten. Sollte sich bei der Prüfung der Vorlage herausstellen, daß die Nachteile die Vortheile überwiegen, so werden wir eine Resolution annehmen müssen, die dahin geht, daß der Ausbeutung gesteuert und der Export eingeschränkt wird.

**Abg. Brandenburg (Str.):** Die Motive zu dem Gesetze sind sehr schön, aber der Reichspunkt ist der Kardinalpunkt, und hier verläßt das Gesetz. Schon jetzt ist ein rationaler Betrieb und mäßiger Preis auch innerhalb des Syndikats möglich gewesen. Von Rechtswegen darf eine Beschränkung nur eintreten im allgemeinen Interesse, aber niemals, damit der Staat die Rechte der Privaten wegnimmt und sie in seine Tasche steckt. Das zeigt mehr fiskalische Begehrlichkeit als uneigennütige Fürsorge für andere. Die hannoversche Regierung hat Jahrzehnte lang ausgesprochen, daß sie selbst nicht für Steinialz ein Regal beanpruche. Selbst nach der ottopolitischen Verordnung von 1867 haftet der Besitz der Kalz- und Magnesiasalze am Grund und Boden. Wie kann man dies Recht einfach wegnehmen? Das heißt mit dürren Worten: Das Kali hier, das nehmen wir. Das Gesetz wendet sich nicht nur gegen das Eigentum, sondern auch gegen wohlverbundene Rechte Dritter. So bildet das Gesetz eine Verfassungsänderung. Deshalb muß zum Mindesten eine Expropriation für Hannover in das Gesetz hineingearbeitet werden.

**Abg. v. Kölichen (sonj.):** Wir begrüßen jedes Gesetz mit Freuden, das der Landwirtschaft nützt. Wenn neue Salze in Privatlagern entdeckt werden, so bilden sich sofort Aktiengesellschaften, und an der Börse beginnt das alte Spiel mit den Aktienpapieren. (Beifall rechts.) Bleibt die Gewinnung der Salze in den Händen der Privaten, so besteht die Gefahr, daß ein werthvolles nationales Vermögen vernichtet wird. Dr. Schulz-Lupitz, eine Autorität auf diesem Gebiete, hat sogar volles Monopol verlangt. So weit gehen wir nicht. Wir begnügen uns mit dem was das Gesetz bietet. Im Einzelnen werden wir noch zu bessern haben. Wir bedauern nur, daß das Gesetz nicht schon früher eingebracht ist, dann wäre die Entscheidungfrage leichter zu erledigen gewesen. Ferner fehlt uns eine Garantie in dem Gesetz, daß nicht die Preise willkürlich vom Staat erhöht werden. Die bloße Bestimmung des Ministers genügt nicht. Wir werden eine Bestimmung beantragen, daß dem Landtage ein Aufsichtsrath über die Preise bleibt. Wir beantragen die Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Schulz-Bochum (nl.):** Der Gesetzentwurf bedeutet einen Eingriff in die Bergbaufreiheit des ganzen Landes und in die Grundeigentumsrechte einer großen Provinz. In der Provinz Hannover ist nach der Verordnung von 1867, die das preussische Bergrecht in Hannover einführt, das Eigentum der Grundeigentümer an allen Salzen, also auch an den Kalz- und Magnesiasalzen garantiert. In den Motiven wird den Privaten zum Vorwurf gemacht, daß sie minderwerthige Läger unangebaut lassen, und dadurch die Läger der Gefahr der Ueberfluthung überlegen. Damit widersprechen sie sich selbst; denn an einer anderen Stelle heißt es, daß die Privaten minderwerthige Salze an die Landwirtschaft absetzen. Ferner wird den Privaten vorgeworfen, daß sie viel nach dem Ausland liefern und im Inland den Preis willkürlich erhöhten. Aber auch der Staat hat nach dem Bericht über die Ergebnisse der Bergverwaltung nach dem Ausland geliefert. Diesen Mißstand könnte man ja besser durch ein Ausfuhrverbot beseitigen. Man müßte der Privatindustrie bei dem päpstlichen Vorkommen der Salze gerade das Ausschließen der Salze erleichtern, statt sie zu Boden zu schlagen. Der Kalzverbrauch bleibt hinter dem wirklichen Bedürfnis weit zurück, 3/4 Kilogramm werden jetzt durchschnittlich verwendet pro Hektar, während 225 bis 2670 Kilogramm je nach der Beschaffenheit des Bodens notwendig sind. Die Gefahr, daß Wasser in die Läger eindringt, ist nicht zu unterschätzen. Aber den Vorwurf, als wenn die Privatindustrie die Vortheile aus den Augen ließe, weise ich zurück. Das allgemeine Berggesetz bietet hinreichenden Schutz für die Kalzlager. Auf Grund des Gesetzes hat zum Beispiel das Oberbergamt Halle bereits Verordnungen erlassen zum Schutz der Kalzlager. Es darf kein Loch gebohrt werden ohne bergpolizeiliche Genehmigung und kein Loch darf verlassen werden, wenn es nicht wasserdicht verschlossen wird. Im Oberbergamtsbezirk Halle müssen Sicherheitspfeiler stehen bleiben, die in einer Tiefe von 600 Meter 200 Meter dick sind. Bei strenger Beobachtung dieser schon bestehenden Vorschriften ist die Gefahr zum größten Theil beseitigt. Wozu also erst ein Staatsmonopol? Die Durchführung des Monopols wird auch zum Schaden der Konsumenten den Preis erhöhen. Es widerspricht allen Erfahrungen, daß Monopolisirung zur Preisverminderung führt. Wegen der Tragweite des Entwurfs schlechte auch ich mich dem Antrag auf Verweisung an eine Kommission von

14 Mitgliedern an. Ich könnte mich mit dem Gesetz befreunden, wenn es ein reines Monopol beabsichtigt mit Ausschluß jeden Privatbesitzes. Ich schließe mich dem Wunsche an, daß der Entwurf eine Gestalt bekommt, die vom Vaterland Schaden abwehrt und für die Landwirtschaft Nutzen bringt. (Beifall links.)

**Abg. Juntwalde (Centr.):** Wir sind von jeder Gegner des Staatsmonopols gewesen, denn dieses System führt schließlich zum Sozialismus. Aber wir dürfen auch nicht Prinzipienretterei treiben, sondern müssen uns den konkreten Fall ansehen. Für Industrie wie Landwirtschaft ist es wünschenswerth, daß sie dauernd festen Preisen der Kalisalze gegenüberstehen. Wir erwählen also mit der Annahme der Vorlage beiden einen Dienst. Verbessert muß der Entwurf allerdings noch werden, namentlich bezüglich der Provinz Hannover.

**Minister Frhr. v. Berlepsch:** Die Motive enthalten keinen Vorwurf gegen die betreffende Privatindustrie. Die Gefahr, die wir aus der schrankenlosen Konkurrenz herleiten, ist erst in Zukunft zu erwarten. Die Hauptgefahr liegt in der Vermehrung der Betriebskräfte, nicht allein der Bohrlöcher. Auch Abg. Schulz-Bochum stellt sich im Grunde auf unseren Standpunkt, wenn er sich mit dem reinen Monopol einverstanden erklärt. Ein Ausfuhrverbot kann ja erlassen werden, aber ob das für die nationale Wohlfahrt zuträglich ist, möchte ich bezweifeln. Dazu haben wir noch immer Zeit, wenn die Gefahr steigt. Zur Zeit ist die Ausfuhr von Fabrikaten nach dem Ausland gestiegen, die Ausfuhr von Kalzit gefallen, während sich im Inland der umgekehrte Prozeß vollzogen hat. Die Ausfuhr des Kalzits ganz zu verbieten, geht nicht an, das Kalzit ist gewissermaßen der Montier des Kalz im Ausland. Wenn wir in Hannover die Bergbaufreiheit völlig bestehen lassen, so muß sich naturgemäß die Spekulation dort hin wenden und die Gefahr der Vernichtung der Kaliläger vergrößern. So liegt doch die Sache nicht, daß es sich hier um Konfiskation handelt. Man kann doch nur konfiszieren, was da ist, denjenigen, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt ein Recht hatten, Bohrvorläufe anzustellen, wird dies Recht gelassen. Als die Verordnung von 1867 erlassen wurde, handelte es sich noch gar nicht um die Kalzgewinnung. Man thut hier so, als handle es sich hier um einen ungeheuerlichen Eingriff in das Privateigentum. Solche Dinge kommen alle Tage vor. Wenn z. B. durch Polizeiverordnung jemandem vorgegeschrieben wird, er dürfe sein Haus nur in einer bestimmten Entfernung vom Straßendamm oder nur zwei Stod hoch bauen, so wird doch auch sein Eigentum etwas entwerthet. Einen Vorgang für dies Gesetz haben wir auch in der Aufhebung der Freiluxe aus dem Jahr 1865. Wenn uns in der Kommission ein geeigneter Weg gezeigt wird, wie wir die Interessen Hannovers schon können, ohne die Prinzipien des Gesetzes zu verletzen, so werden wir gern darauf eingehen.

**Abg. Dr. Dangerhaus (Fr. Volksp.):** Man hat den Gesetzentwurf unter anderem damit motivirt, daß die Regierung für die Lieferung guten Materials sorgen müsse. Das geht denn doch zu weit, wenn man bei allen Verbrauchsindustrien der Regierung diese Sorge übertragen wollte. Die vermehrte Arbeiterbeschäftigung wird auch bei der Vermehrung der Privatbetriebe eintreten. Ich habe von dem ganzen Gesetzentwurf einen außerordentlich trüben Eindruck, und ich wundere mich darüber, daß diese Ansicht nicht von jener Seite getheilt wird, auf der die Grundbesitzer sich befinden. Ich halte das Gesetz für den stärksten Schlag, der gegen die Landwirtschaft ausgeführt werden kann. Außerdem werden die Besitzer von bestehenden Betrieben in ungeschöner Weise bevorzugt, da ihnen das Staatsmonopol mit zu gute kommt, und drittens werden die Gerechtfame von Privatpersonen in außerordentlich ungerechter Weise beeinträchtigt. Gerade das schlechteste und sandigste Terrain bedarf zur Aufbesserung am meisten des Kunstdüngers, und solchen Boden findet man gerade in den ärmsten und verlassensten Gegenden des Vaterlandes. Nach den Auslassungen des Ministers würde, selbst wenn ein drei- bis vierfach größerer Verbrauch des Kalzits eintrete, die Staatsverwaltung den Bedarf noch liefern können. Mir scheint es aber, als wenn in Zukunft ein noch viel größerer Verbrauch eintreten wird. Ist es denn auch richtig, daß gerade an der Grenze der Monarchie die ärmsten Gegenden des Vaterlandes am meisten für das Kalzit zahlen sollen? Die Frachten verteuern in diesen Gegenden ungemein den mineralischen Dünger. Das Gesetz geht auch von dem Vorurtheil aus, als ob Kalzit nur in der Gegend um Stakfurt in größeren Mengen noch aufzufinden ist. Ich denke, daß noch in vielen anderen Gegenden, namentlich in Posen und Schlesien, dieses Mineral aufzufinden sein wird. Es liegt also gerade im Interesse der Landwirtschaft, neue Bohrungen nach Kalzitlagern seitens der Privatindustrie träftigt zu fördern. Das wollen Sie indes durch das Monopol einfach verbieten, wodurch der Landwirtschaft der schwerste Schaden zugefügt wird. Sie stehen hier im Begriff, ein Gesetz anzunehmen, womit Sie der Landwirtschaft die Blutzufuhrgefäße abschneiden. Ich weiß bestimmt, daß in einzelnen Gegenden unseres Vaterlandes, wo ich persönlich die Rechnungen habe einsehen können, die Leute so viel an Fracht haben zahlen müssen, als der Preis des Kalzits selbst betrug. Ich bitte Sie daher, gerade im Interesse der Landwirtschaft das Gesetz abzulehnen. Die Motive für das Gesetz widersprechen sich sehr oft und sind ganz eigenthümlicher Natur. Man sagt, es würde zu viel ins Ausland gehen, wenn neue Privatwerke entstünden. Aber auch der Minister hat schon anerkannt, daß die Ausfuhr von Kalzit nachläßt. Die Bedenken bezüglich der Kontrolle hat bereits der Abg. Dr. Schulz ausführlich widerlegt. Die Grundbesitzer in Hannover würde man ja allerdings durch eine Entschädigung abfinden können, aber dann wird das Monopol immer theurer. Ich bin überhaupt nicht für ein Monopol, selbst wenn, wie Herr v. Kölichen meinte, der Landtag jedes Mal sein Gutachten über die Preisbestimmungen abgeben sollte; denn das ist ganz undurchführbar. Ich möchte nur noch hervorheben die unbedeutende Bevorzugung, welche die Besitzer der bereits bestehenden Betriebe durch das Gesetz erhalten. Wenn heute z. B. nur 10 bis 20 Maschinenfabriken beständen und wir mit einmal ein Gesetz machten, daß außer diesen Fabriken nur noch der Staat solche errichten und betreiben dürfte, so würde das alle Welt für Unrecht ansehen. Ich kann mich mit diesem Gesetz nimmermehr befreunden. (Beifall links.)

**Abg. v. Puttkamer-Ohlau (sonj.)** spricht sich für das Gesetz aus. Gerade die Landwirtschaft würde von diesem „Wechsel auf die Zukunft“ großen Vortheil haben.

**Abg. Wallbrecht (nl.)** bekämpft den Entwurf, der wohl-erworbene Rechte hannoverscher Grundbesitzer schädige.

**Abg. Engels (fl.)** führt aus, daß Kalzinsyndikat habe durchaus wohlthätig gewirkt, indem es die Preise in einer festen Höhe erhalten habe. Alles Drängen gehe dahin, eine Sicherung dieser werthvollen Salze herbeizuführen.

**Abg. Schmieding (nl.)** steht in dem Entwurf einen erheblichen Eingriff in die Privatrechte. Wenn man keine besseren Gründe gehabt hätte, so hätte man lieber sagen sollen, quia non movere. Wir sitzen ohnehin an dem Uebel zu großer Gesetzmacherei. Was die Vorlage erreichen wolle, könne auch jetzt schon erreicht werden. Das Syndikat habe wesentlich im Interesse der Konsumenten gearbeitet. Das Vorkommen von Kalzilagern sei sicher nicht auf die norddeutsche Tiefebene beschränkt. Wie vorsichtig man dabei sein müsse, zeige ein Vorfall aus den 30er Jahren. Damals habe der

Herzog von Arenberg seine Gruben dem preussischen Staate für 1000 Thlr. angeboten. Der Staat habe den Ankauf jedoch abgelehnt, indem er sich auf das Gutachten von Sachverständigen stütze. Jetzt beziehe der Herzog von Arenberg 250 000 M. jährliche Renten aus seinen Kohlenbergwerken. Die Bedenken gegen den Entwurf seien größer als die Gründe, die dafür sprächen. — Rechner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Nachdem sich noch Abg. v. Schalscha (Str.) für und Abg. Jerusalem (Str.) gegen den Entwurf ausgesprochen haben, wird die Beratung geschlossen.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Anträge der Konservativen und Freikonservativen, betreffend die Staffeltarife. Bergetat). Schluß 3/4 Uhr.

## Deutschland.

□ **Berlin, 20. Febr.** [Aus dem Reichstage. Ein Branntweinsteuer-Gesetz.] Mehr einem Konzil als einer gesetzgebenden weltlichen Versammlung gleich der Reichstag heute. Zwar stand der Kolonial-Statut auf der Tagesordnung, aber die gute Hälfte der Sitzung hindurch wurde über den Werth des Christenthums, über seinen Ursprung, seine Kulturkraft, seinen göttlichen Inhalt heiß und feurig gestritten. Ob die Leser die Reden der Herren Bebel, Schall (ein Pastor aus der Nähe von Berlin) und Lieber hoch genug einschätzen werden, erscheint uns zweifelhaft. Im Reichstage, der wunderbar viel Zeit für die Verschleppung der Staatsdebatten zu haben glaubt, empfand man jedoch die Unterbrechung des gewohnten Tagewerks als angenehme Abwechslung, und jede dieser kleinen Konzilsreden wurde mit Beifall, Widerspruch, Aufregung angehört. Der Reichstag ist merkwürdigerweise zumeist dann am lebhaftesten bei der Sache, wenn praktisch am wenigsten dabei herauskommen kann. So war es im vorigen Jahre mit den Unterhaltungen über den Zukunftsstaat und so auch jetzt wieder. Die alte deutsche Disputirlust ergeht sich immer noch am liebsten auf dem Boden des bloß akademischen Für und Wider. — Die „Börseztg.“ erfährt, daß die Deckung der neuen Militärlasten aus einer Umgestaltung des Branntweinsteuergesetzes erzielt werden soll, soweit nicht die Erhöhung der Stempelsteuer und der Tabakzölle die Deckung ergibt. Aus den beiden letztgenannten Quellen dürften etwa 25 Millionen fließen, so daß noch weitere 25 Millionen zu beschaffen wären. Diese Summe soll derart zu Stande kommen, daß die Verkürzung der sogenannten Liebesgabe um ein Viertel zehn Millionen bringen wird, und daß die Umwandlung der Maßschraunsteuer in einen entsprechenden Zuschlag zur Verbrauchsabgabe einen weiteren Mehretrag von fünfzehn Millionen herbeiführen wird. Wir bemerken hierzu, daß die Herabsetzung der Brennerprämie von zwanzig auf fünfzehn Mark dem früheren Schatzsekretär v. Malzahn das entschiedenste Uebelwollen der Konservativen zugezogen hatte. Herr v. Malzahn ist allerdings nicht wegen der Branntweinsteuer, sondern wegen der Brausteuer gegangen, aber er hätte sich gegen die Feindschaft der Rechten, die ausschließlich aus seiner sehr verständigen Ansicht in Sachen Liebesgabe entsprungen war, schwerlich halten können, auch wenn der akute Anlaß der Kriegszustand zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen ist hiernach vorauszusetzen, daß eine Wiederaufnahme der Malzahnschen Absichten, nur in der Form, nicht im Wesen, dem älteren Plane ähnlich sein würde. Es ist die Frage, ob die Konservativen ein Entgegenkommen darin erblicken würden, wenn die beabsichtigte Kürzung nicht als Herabsetzung der Spannung von 20 auf 15 M. gedacht, sondern durch eine Reduzierung der Kontingentsmengen von 2 Millionen auf 1 1/2 Millionen Hektoliter bewirkt werden soll. Der ganze Plan steckt augenscheinlich noch in den Anfängen. Wie es damit aber auch werden mag, so bezweifeln wir, daß die volle Deckung der neuen Militärlasten schon in der gegenwärtigen Session erreicht werden können. Der Reichstag kann frühestens im Mai zu Beschlüssen in der Steuerfrage kommen. Bis dahin kann ein etwaiges Branntweinsteuergesetz knapp die erste Lesung passiert haben. Es müßte also der Hochsommer nahe, ehe über dies neue Gesetz die Entscheidung fallen könnte. Daß der Reichstag so lange zusammenzuhalten ist, glaubt niemand. Man wird sich wohl oder übel damit begnügen müssen, einzuweilen nur die Hälfte der Deckung sicherzustellen und bis zur Winteression entweder mit erhöhten Matrikularbeiträgen oder aber mit einer Anleihe zu wirtschaften.

△ **Berlin, 20. Febr.** [Rußland und Frankreich.] Angesichts des Notenwechsels zwischen Petersburg und Paris dürfen wir wohl daran erinnern, daß wir bald nach der Veröffentlichung des deutsch-russischen Vertragstexts eine Kündigung des russisch-französischen Handelsvertrages durch Rußland angekündigt haben. Unsere damaligen Mittheilungen beruhten auf Erkundigungen an ersten Stellen. Daß in Petersburg so schnell werde gehandelt werden, konnte freilich nicht mit derselben Sicherheit vorhergesagt werden, und diese Schnelligkeit wirkt denn auch einigermaßen überraschend. Uns gegenüber wurde der weitere wahrscheinliche Verlauf so dargestellt, als werde Rußland erst einige Zeit verstreichen lassen, ehe es den Vertrag mit Frankreich kündige. Die Absicht dabei sollte nach unserem Gewährsmanne sein, daß Schlussfolgerungen vermieden werden sollen, die eine Frage von vorwiegend wirtschaftspolitischen Charakter auf das Gebiet der internationalen Politik hinüberziehen konnten. Inzwischen hat man sich aber in Petersburg doch entschlossen, die Dinge so gleich energisch anzufassen, und Frankreich sieht sich nunmehr vor die Wahl gestellt, seine veranante Prohibitivpolitik aufzu-

geben oder mit ihrer weiteren Befolgung nicht bloß seine Handelsbeziehungen, sondern auch sein politisches Verhältnis zu Rußland zu ruinieren. Es ist ein seltsamer Humor der Geschichte, daß es gerade Rußland sein muß, von dem der erste und stärkste Zwang auf dasselbe Frankreich ausgeht, das vor 30 Jahren die Politik internationaler Tarifsyste zuerst und am erfolgreichsten vertreten hatte. In der französischen Kammer muß wohl schon etwas von der, trotz aller Verbindlichkeit doch drohenden Petersburger Note bekannt gewesen sein, als der Abgeordnete Roche den extremen Schutzollnern ins Gewissen redete und unter Darlegung der Nachteile des Systems Méline die Rückkehr zu einer Vertragspolitik forderte. Ob das starre französische Absperrungssystem sogleich wird durchbrochen werden können, das wird kein auswärtiger Beurtheiler zu entscheiden wagen. Möglich, daß die Franzosen, aufmerksam gemacht durch die weitgreifenden politischen Folgen der deutsch-russischen Verständigung, ihren Prohibitivgelüsten Opfer abringen und nicht bloß die weitere Erhöhung der Getreidezölle unterlassen, sondern sogar eine Ermäßigung vorbereiten. Frankreich hat es ja schon wiederholt verstanden, den wirtschaftlichen Interessen diejenigen der internationalen Beziehungen unterzuordnen. Aber auch das gerade Gegentheil ist sehr wohl möglich, zumal die Regierung und die Mehrheit der Kammer unweigerlich von der Gnade der Wirtschaftsinteressen der Wähler abhängen. Jedenfalls bedeutet die russische, nach Paris gerichtete Note ein Ereigniß ersten Ranges sowohl in der europäischen Wirtschaftspolitik, wie auch in der Bezug auf den gegenwärtigen und möglichenfalls sich noch stark verändernden Stand der politischen Beziehungen zwischen dem Zarenreiche und der Republik, aber auch zwischen Petersburg und Berlin.

— Vom Aufenthalt des Kaisers in Wilhelmshaven wird unterm 20. d. Mts. weiter gemeldet:

Der Kaiser begab sich, nachdem er die schon mitgetheilte Ansprache an das Maschinenpersonal gehalten hatte, zu Fuß in Begleitung des Prinzen Heinrich und des kommandirenden Admirals Frhr. v. d. Goltz von dem Kreuzer Schuppen an Bord des Panzerschiffes „König Wilhelm“, wo die Mannschaften an Deck angetreten waren, und besichtigte mit seiner Suite das Jubiläumsschiff. Der Kreuzer „Prinz Wilhelm“ salutierte die Kaiserstandarte auf dem „König Wilhelm“. Um 1 Uhr 20 Min. begab sich der Kaiser nach dem Marinetafeln zur Frühstücksstube. Mit Rücksicht auf die heutige Beerdigung in Kiel hat sich der Kaiser die Tafelmusik verbieten lassen. Nach Aufhebung der Frühstücksstube im Marinetafeln, um 3 1/2 Uhr, begab sich der Kaiser zu Fuß nach der Werft an Bord des neuen Panzerschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ — Schwesterstift der „Brandenburg“ — und unterzog dasselbe einer Besichtigung, welche eine Stunde währte. Das Wetter ist anhaltend schön und sonnig. — Dem Vernehmen nach wird der Kaiser morgen mit dem Torpedoboot S 22, welches mit einer neuen Heizung eingerichtet ist, eine Fahrt in See unternehmen und die Hauptbatterie besichtigen. Nach der Rückkehr beabsichtigt der Kaiser das Frühstück bei dem Hof der Norddivision, Viceadmiral Nalols, einzunehmen.

\* **Samburg**, 20. Febr. Die „Samb. Nachr.“ berichten noch folgendes Nähere von dem Aufenthalt des Kaisers in Friedrichsruh: Die Unterhaltung bei Tische war sehr lebhaft; der Kaiser trank dem Fürsten mehrfach zu, sprach besonders viel mit der Fürstin und war ersichtlich in bester Stimmung. Der Kaiser hatte, um dem Generaloberst Fürst Bismarck eine besondere Freude zu machen, zwei Mann vom Kaiser Alexander-Regiment mitgebracht, deren einer die alte noch gebräuchliche Feldmarschalls-Ausrüstung, jedoch mit den jetzt eingeführten Schießschürzen trug, während der andere die neue Ausrüstung angelegt hatte. Der Krug des Kodes ist vorn offen und flappert zu beiden Seiten ähnlich wie beim Eibitrod herunter, so daß dem Träger die Bewegung des Kopfes sehr erleichtert ist. Auf den Tornister ist ein grauer Feldmantel und auf diesen ein braunes, wasserfestes Feltuch, sowie der Kochkessel aufgeschraubt. Die Söhne der Stiefel sind mit Aluminiumnägeln beschlagen. — Nach einem anderen Bericht blieb der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck nach dem Souper eine ganze Zeit allein. Der Fürst war den ganzen Tag in bester Laune. Als er sich zum Empfang des Kaisers nach dem Bahnhof begab, antwortete er auf die Frage eines Berliner Herrn, ob er, der Fürst, bald wieder nach Berlin kommen werde: „Vorläufig noch nicht, ich habe in Berlin jetzt nichts zu thun.“

**W. B. Danzig**, 19. Febr. Eine heute Abend abgehaltene von verschiedenen politischen Parteien sehr zahlreich besuchte Bürgerversammlung unter Vorsitz des Kommerzienraths Claassen nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland als ein wirksames Mittel, das gesammte Erwerbsleben der beiden benachbarten Reiche zu fördern und als eine Bürgschaft für die Fortdauer friedlicher Beziehungen der beiden Reiche zu einander begrüßt und der Reichstag ersucht wird, durch eine baldige Annahme des Vertrages die schweren Nachteile des Zollkrieges zu beseitigen.

**W. B. Königsberg i. Pr.**, 19. Febr. In einer heute stattgehabten, zahlreich besuchten Bürgerversammlung aller Parteien wurde einstimmig eine Resolution zu Gunsten des deutsch-russischen Handelsvertrages angenommen. Die Versammlung sprach sich gleichzeitig dahin aus, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises dem gemeinsamen Interesse des Handels und der Landwirtschaft Ostpreußens entspreche.

**W. B. Bremen**, 19. Febr. Eine im „Eiboll“ stattgehabte Versammlung des Reichsvereins und des Bremer Vereins der Deutsch-Freisinnigen Partei sowie der Handelskammer und der Gewerkekammer nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages mit Genugthuung begrüßt und die Zuversicht ausgesprochen wird, daß der Vertrag im Reichstage zur Annahme gelangen werde. Außerdem wurde die Abendung eines Danktelegramms an den Reichskanzler beschlossen.

## Totales.

**Posen**, 21. Februar.

**p. Die polnische Volksversammlung**, welche gestern Abend im Kempischen Saal zur Vorbereitung der Kosciuszko-Festfeier stattfand, war recht gut besucht. Gleich nach 8 Uhr eröffnete der Patron der polnischen Musikalvereine, Herr v. Jackowski, die Versammlung, indem er in kurzen Worten auf die Bedeutung der Kosciuszko-Festfeier hinwies und darlegte, wie an einem solchen vaterländischen Gedenktage alle politischen Unterschiede verschwinden und die Nation in voller Einigkeit das Fest begehen müßte. Diese Aufforderung schien indessen auf wenig fruchtbaren Boden gefallen zu sein, denn bei der Bureauwahl kam es zwischen den Anhängern der Volks- und Hospartei zu scharfen Auseinandersetzungen. Bei der Wahl des Vorsitzenden wurde nämlich von der ersteren Herr

Knapowski und von der letzteren Herr v. Jackowski nominiert, wobei jede Partei unter theilweise beäufendem Lärm behauptete, die Mehrheit bei der Abstimmung erlangt zu haben. Durch Herüber-treten auf beide Seiten des Saales wurde schließlich entschieden, daß die Hospartei ein wenig stärker als die Volkspartei war und Herr v. Jackowski übernahm darauf den Vorsitz. Herr Redakteur Dobrowolski berichtete sodann eingehend über die Kosciuszko-Festfeier. Der 21. März, so führte der Redner aus, sei der Tag, an welchem vor 100 Jahren Kosciuszko den Schwur der Treue in Krakau geleistet habe und an welchem er vom Volke zum Präsidenten gewählt sei. Die Geschichte habe über jene Zeit bereits berichtet. Die Polen hätten zwar nicht gesiegt, aber sie seien ehrenvoll unterlegen. In Polen werde dieier vaterländische Gedenktage wegen der Charwoche erst am 31. März begangen werden. Am Morgen sei eine größere, kirchliche Trauerfeier in der entsprechend decorirten Pfarrkirche in Aussicht genommen und am 3. April soll eine große Festvorstellung im polnischen Theater, patriotische Vorträge und Deklamationen, wobei sich auch die polnischen Gesangsvereine betheiligen werden, stattfinden. Außerdem wird die Sammlung eines großen Kosciuszko-Fonds angeregt werden. Derselbe soll zu Stipendien für Schüler, Unterstützung der Volksbibliotheken und zur Aussetzung eines Preises für das beste geschichtliche Werk über Kosciuszko verwendet werden. Das letztere soll mehr allgemein verständlich gehalten und besonders zur Verbreitung im Volke geeignet sein. Aus der Versammlung wurde angeregt, die zu sammelnden Gelder zum größten Theil an den Fonds für das zu gründende polnische Gymnasium in Teschen abzuführen, da dort das polnische Element dringend einer Unterstützung bedürfe. Dies fand indessen bei verschiedenen Rednern lebhaften Widerspruch. Herr Knapowski meinte, daß die Polen in Oesterreich und namentlich in Galizien in erster Reihe für das Gymnasium in Teschen zu sorgen hätten. Es sei besser, wenn das gesammelte Geld in der Provinz bleibe. Im Uebrigen schlage er vor, alle weiteren Maßnahmen dem Komitee zu überlassen. Bei dieser Feier müsse man einig sein und alle politischen Unterschiede vergessen (Bravo!). Herr Banddirektor Wiczowski war ebenfalls der Ansicht, daß man dem Komitee das Nähere überlassen solle. Er bitte, sich vorläufig mit den Vorschlägen des Herrn Dobrowolski einverstanden zu erklären. Herr Casimir Rzepecki regte an, eine Deputation zu der großen Kosciuszko-Festfeier in Krakau zu entsenden. Man müsse zeigen, daß die Polen „hier auch noch lebten“. Herr Dr. Rabski sprach sich ebenfalls für die Entsendung einer derartigen Deputation aus. Ueberall in der ganzen Welt, wo Polen lebten, werde der Tag feierlich begangen werden. Da dürfe man hier nicht zurückbleiben. In gleichem Sinne äußerten sich ein Deputationsmitglied Czerwinski und Herr Tischlermeister Andrzejewski. Letzterer forderte in scherzhafter Weise, daß an die Spitze des Komitees die Führer der Volkspartei gestellt würden, dann würde wenigstens die Ruhe und Einigkeit bewahrt bleiben. Nachdem darauf sämtliche Vorschläge des Herrn Dobrowolski angenommen worden, schritt man zur Wahl des Komitees. Von volksparteilicher Seite beschwerte man sich, daß das Komitee, welches die Einladung zu der Versammlung habe ergeben lassen, nur aus Hosparteilern bestehe. Sollte das Komitee die Vorbereitung und Leitung des Festes übernehmen, so müsse es durch Mitglieder der Volkspartei ergänzt werden. Es wurden darauf in Vorschlag gebracht die Herren Knapowski, Dittler, Kantasch, B. Sulczewski, A. Zielinski, Giszewski, St. Bryczynski, Trzcielowski, St. Dynski, Andrzejewski, J. Jablonski, W. Andrzejewski, Dr. B. Brodzki, B. Czernomski, Dr. Dobrowolski, Dr. Drobnik, W. Dytter, Dr. Grzybek, Graf Benzeltjern-Engeström, M. Jackowski, Dr. St. Jeryzowski, Dr. M. Kantecki, Dr. B. Kapuscinski, Dr. D. Karbowicki, Fr. Kysiat, Dr. B. Kryszewicz, B. Koppe, Dr. Kujatel, Jaroslaw Lettgeber, St. Orłowski, K. Przyjemski, Dr. Wladislaw Rabski, Karl Rzepecki, Kazimierz Rzepecki, Dr. Sulc, Walerj Sulc, Seweryn Tuzemski und Bank-Direktor Michael Wicelowski. Herr Knapowski erhob jedoch gegen die Wahl des Herrn von Jackowski Widerspruch, worauf sich wieder ein fürchterlicher Lärm erhob. Die Hosparteiler verlangten, daß dann auch Herr Knapowski nicht gewählt werden dürfe. Schließlich wußte sich Herr v. Jackowski Gehör zu verschaffen. Er erklärte, daß er schon in einer vertraulichen Sitzung gebeten habe, von seiner Wahl abzusehen. Er werde daher es ablehnen, in das Komitee einzutreten. Herr Schornsteinfegermeister Andrzejewski äußerte sich sehr erregt darüber, daß man einen so verdienstvollen Mann, wie Herrn von Jackowski, hier ohne Weiteres von einem Ehrenamt ausschließen wolle. Unter großem Beifall erklärte er, daß man den letzteren seit 40 Jahren kenne, während man von Herrn Knapowski erst seit 10 Jahren wisse. Herr von Jackowski habe für die nationale Sache im Gefängnis gelitten und nun wolle man ihn einfach ignorieren. Herr Knapowski habe zur Einigkeit gegenüber dieser Feier ermahnt und jetzt sei er der erste, welcher Unfrieden säe. (Stürmischer Beifall.) Herr v. Jackowski erklärte sich nun bereit, eine Wahl anzunehmen, worauf die Versammlung die gemachten Vorschläge genehmigte. Hiermit erreichte dieselbe ihr Ende.

**p. Die hiesige Oddfellowloge** wird demnächst ein neues Heim erhalten. Herr Kaufmann Sahy Kornicker hat, wie wir hören, für dieselbe das geräumige Grundstück Lindenstr. Nr. 9 von dem Herrn Rittergutsbesitzer L. Hellwig zu einem Preise von 195 000 M. erworben. In dem Hause werden voraussichtlich außer den Arbeitsräumen auch größere Gesellschaftszimmer etagegerichtet werden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Dresden**, 19. Febr. Der Ministerialrath, Wirkliche Geheimrath Bär, Chef der königl. Hoftheater ist heute Abend 7 1/2 Uhr gestorben.

**Wien**, 19. Febr. In der Schlußsitzung der Centralcommission für die Chicagoer Weltausstellung hob Sektionschef Frhr. v. Weizsperg im Auftrage des durch Unwohlsein verhinderten Handelsministers dankend die Förderung des Unternehmens durch den Protektor Erzherzog Carl Ludwig und die Theilnahme der Industriellen und Künstler hervor und erklärte, die österreichisch-ungarische Industrie blide befriedigt auf das Ergebnis zurück. Die Versammlung vollziehe sodann den Ministern Marquis Bacquehem und Graf Wurmbbrand ihren Dank.

**Wien**, 20. Febr. Wie der „Polit. Corr.“ aus London gemeldet wird, wird sich die Königin Victoria nach mehrwöchentlichem Aufenthalt in Florenz nach Coburg begeben, um der Vermählung der Prinzessin Victoria mit dem Großherzog von Hessen beizuwohnen.

**Rom**, 20. Febr. [Deputirtenkammer.] Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Crispi wurde das Finanzgesetz auf die Tagesordnung der morgenden Sitzung gesetzt.

**Rom**, 20. Febr. Der Papst empfing heute den Pfarrer Dr. Ruetyp aus Würzburg.

**Barcelona**, 20. Febr. Die fortgesetzten polizeilichen Erhebungen haben ergeben, daß das jüngste Attentat gegen den Gouverneur im Zusammenhang stehe mit einer ausgebreiteten anarchistischen gegen das Leben des Gouverneurs gerichteten Bewegung. Sechs Verhaftungen wurden vorgenommen; 60 Personen sollen in das Komplott verwickelt sein.

**London**, 20. Febr. [Unterhaus.] Der Premierminister Gladstone erklärte, es seien keine Beweise dafür vorhanden, daß die Insurgenten in Rio eine so organisirte Regierung gebildet hätten, daß sie von einer anderen Regierung als kriegführende Macht anerkannt würde. Hierauf beantragte Gladstone die Zurückziehung der Haftpflichtbill, da er überzeugt sei, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter die vom Oberhause gemachten Abänderungen beanstandete. Der Antrag wurde mit 225 gegen 6 Stimmen angenommen. Die Konservativen und liberalen Unionisten enthielten sich der Abstimmung.

**Konstantinopel**, 20. Febr. Seit gestern herrscht in vielen Theilen des Landes starker Schneefall; an mehreren Orten liegt der Schnee fußhoch.

**Sofia**, 20. Febr. Bei der fortgesetzten Verhandlung des Einspruches des Metropolitens Clement hielten gestern Nachmittags die Bertheiliger Marow und Zontschew ihre Plaidoyers. Ersterer stützte sich auf die Thatfache, daß Clement nicht persönlich dem Verhöre bei dem Appellgerichte beizubehalten konnte, während Zontschew das Urtheil aus juristischen Gründen bekämpfte. — Der Kassationsgerichtshof schloß sodann das Zeugenverhör. Die Veröffentlichung des Urtheils wird morgen erwartet.

## Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Bta.“

Berlin, 21. Februar, Morgens.

Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist vor einigen Tagen in den Räumen der großen Landesloge vor einer zahlreichen Versammlung von Freimaurern, an deren Spitze sich der Großmeister der drei altpreussischen Großlogen befand, zum ersten Mal als deren Protektor begrüßt worden. Prinz Heinrich Schönaich-Carolath als Großmeister der zur Zeit geschäftsführenden Großloge „Royal York“ zur Freundschaft hielt aus diesem Anlaß eine Ansprache, in welcher er den Dank der altpreussischen Großlogen ausspricht, sowie dem Wunsche Ausdruck verlieh, daß das traditionelle Verhältnis, das zwischen den altpreussischen Großlogen und den Hohenzollern seit Jahren bestehe, wieder neu belebt und gestärkt zu sehen.

**Wilhelmshaven**, 21. Febr. Der Kaiser begab sich mit seinem Gefolge an Bord des Panzerschiffes „König Wilhelm“, wo das Festdiner stattfand. Das Schiff war elektrisch beleuchtet. Der Hafen erstrahlte in einem Lichtmeer.

**Kiel**, 20. Febr. Heute fand unter zahlreicher Theilnahme die Trauerfeier für die auf dem Panzerschiffe „Brandenburg“ Verunglückten statt. Der imposante Leichenzug mit 30 Särgen, welchen Deputirten der Marine, das gesammte hiesige Offiziercorps, sämtliche Behörden, Vertretungen der Stadt, sowie eine große Anzahl von Korporationen und Vereinen folgte, bewegte sich von dem Marine-Lazareth nach dem Garnisonkirchhof. Hier hielten die Marine-Deerpfarrer Langheld und Wiesemann ergreifende Reden, worauf die Ehrenbezeugungen erwiesen wurden. Die Häuser trugen Fahnen auf Halbmast gesflaggt. An den Särgen waren tausende von Kränzen niedergelegt.

**Paris**, 21. Febr. Dem Vernehmen nach ist der Urheber der beiden Bombenattentate der Anarchist Bastard, der in St. Denis wohnt. Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, unter dem Portale des Opernhause wäre gleichfalls eine Bombe gefunden worden. Das Gerücht ist von der Polizei demontirt worden.

**Paris**, 21. Febr. Die Deputirtenkammer lehnte mit 104 gegen 103 Stimmen die Festsetzung des stufenweise steigenden Getreidezolles ab. Méline hatte denselben befürwortet, die Regierung war jedoch dagegen.

**Marseille**, 21. Febr. Der hiesige Municipalrath protestirte gegen jede Erhöhung des Getreidezolles, sowie Abänderung des gegenwärtigen Niederlagestems.

**London**, 21. Febr. [Unterhaus.] Nach viertägiger Debatte wurden die Amendements des Oberhauses zur Kirchspielratsbill erledigt, wobei die wichtigsten derselben mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Das Haus vertagte sich bis zum Sonnabend.

**Brüssel**, 21. Febr. Kapitän Baert steht mit einer starken Kolonne zur Expedition bestimmt, zwischen Wadelai und Sabore. Unweit Leopoldville wurde Suftin mit 20 Soldaten niedergemetzelt.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
20. Nachm. 2	771,8	N leicht	better	-3,6
20. Abends 9	771,1	N O l. Zug	better	-6,5
21. Morgs. 7	770,4	Windstille	better	-10,7

Am 20. Febr. Wärme-Maximum — 3,2° Cels.  
Am 20. = Wärme-Minimum — 11,9°

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. Febr. Morgens	1,92 Meter	Grundbeß
" " 20. " Mittags <td>1,92</td> <td>"</td>	1,92	"
" " 21. " Morgens <td>1,86</td> <td>"</td>	1,86	"

## Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

### Fonds-Berichte.

\* **Berlin**, 20. Febr. [Zur Börse.] In Erwartung der heute Abend zur Veröffentlichung gelangenden Abschlüsse der Diskontogesellschaft und der Handels-Gesellschaft zeigte die Börse eine große Zurückhaltung nicht nur auf dem Bankaktienmarkt, sondern auch auf den übrigen Gebieten, und vereinzelt wurde durch Realisationen vorübergehend ein Druck auf die Kurse ausgeübt, wobei indessen die Grundtendenz der Börse eine durchaus feste blieb. Es

